

Auf der Suche nach dem Glück haben Deutschlands Politiker keine Kosten und Mühen gescheut. Drei Jahre lang ließen sie Experten nach Berlin pendeln. Jeden Monat saßen Professoren unterschiedlicher Disziplinen mit Abgeordneten des Bundestages in Arbeitsgruppen zusammen, um den Lebensstil der Deutschen zu ergründen und einen neuen Maßstab zu finden für ihren Wohlstand, vielleicht sogar ihr Glück. Heraus kam ein 844-seitiger Bericht, den die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ vor einem Jahr, am 3. Mai 2013, vorlegte.

Seither aber ist es verdächtig still geworden um die Sache. Die Website, auf der der neue Indikatoren-Satz präsentiert und regelmäßig aktualisiert werden sollte, ist bis heute „im Aufbau“. Dabei liegen die nötigen Daten vor, die Statistiker stehen in den

VON INGA MICHLER

Startlöchern. Was fehlt, ist der Startschuss der Bundesregierung. Anstatt den Auftrag des Parlaments, erteilt im Juni 2013, umzusetzen, schieben die Ministerien die Zuständigkeiten hin und her. An einer breiten öffentlichen Diskussion über Glück und Wohlstand als Alternative zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) haben führende Mitglieder der großen Koalition offenbar wenig Interesse.

„Es ist sehr enttäuschend, dass der Bundestagsbeschluss noch immer nicht umgesetzt wird“, sagt die Ökonomie-Professorin Beate Jochimsen, die von der CDU/CSU als Expertin in die Enquete-Kommission berufen worden war. „Wir wissen noch nicht, wer zuständig ist – das kann, ein Dreivierteljahr nachdem die neue Regierung im Amt ist, doch keine Entschuldigung mehr sein!“

Tatsächlich sind die Zuständigkeiten für den nationalen Wohlstand noch immer nicht klar verteilt. Das Statistische Bundesamt müsste den Auftrag für die Erstellung und die Pflege des neuen Wohlstands-Datensatzes aus dem Bundesinnenministerium bekommen, der dem Amt übergeordneten Behörde. Die allerdings verweist Presseanfragen in dieser Sache an das Bundeskanzleramt. Dort wird der „ressort-

Glück im Unglück

Vor einem Jahr beauftragte der Bundestag die Regierung, ein neues Maß für den nationalen Wohlstand zu installieren. Jetzt setzt das Projekt Staub an



übergreifende Aktionsplan „gut leben“ koordiniert, den die neue Regierung in ihrem Koalitionsvertrag an prominenter Stelle angekündigt hat. Details dazu, einen Starttermin gar, will aber niemand nennen. „Die ressortübergreifenden Gespräche laufen“, erklärte ein Regierungssprecher lediglich.

Im Koalitionsvertrag ist von einem Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern über „ihr Verständnis von Lebensqualität“ die Rede. Der soll die Grundlage sein, um ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland erst einmal zu „entwickeln“. Dass es es solche Indikatoren von der Enquete ja schon gibt, ist den Koalitionären lediglich den Nebensatz wert, man werde diesen „mit einbeziehen“.

Das scheint angesichts des großen Aufwands für die Enquete-Kommission doch ein bisschen wenig. Mehr als zwei Jahre lang saßen 17 Experten mit 17 Abgeordneten in fünf verschiedenen Arbeitsgruppen zusammen. Allein die Reisen und Aufwandsentschädigungen für die Sachverständigen kosteten den Steuerzahler 370.000 Euro. Dazu kamen rund 485.000 Euro für die fest installierten Mitarbeiter der Kommission und 130.000 Euro für externe Gutachten. Ganz zu schweigen von der eigentlichen Lebens- und Arbeitszeit der Kommissionsmitglieder und ihrer zuarbeitenden Mitarbeiter.

Noch im vergangenen Sommer schien es, als hätte sich der Aufwand gelohnt. Im Juni 2013 beauftragte der Bundestag mit seiner damaligen schwarz-gelben Mehrheit die Regierung in einem – eigentlichen bindenden – Entschließungsantrag, den von der Enquete empfohlenen Indikatoren-Satz zu erstellen.

Das neue Wohlstandsmaß sollte nach dem Prinzip eines Armaturenbretts funktionieren. Statt Benzinstand und Motortemperatur wird angezeigt, wie es etwa um Bildung, Gesundheit oder Investitionen steht. Die drei großen Bereiche „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ und „Ökologie“ sollten mit insgesamt 20 Indikatoren abgebildet werden. Unter anderem sollten der Index für die nationale Vielfalt von Vogelarten oder die im Land emittierten Treibhausgase in die Berechnungen einfließen. Sogenannte Warnlampen sollten Fehl-

entwicklungen bei Vermögensverteilung oder Immobilienpreisen anzeigen.

Neben der öffentlichen Website hatten sich einige Kommissionsmitglieder ein Armaturenbrett mit Warnlampen im Foyer des Bundestags gewünscht. Auch eine Werbroschüre für die Bevölkerung war vorgesehen, deren Bestellung derzeit im Bundestag auf Eis liegt. Ziel der Abgeordneten war es, möglichst viel Aufmerksamkeit für das neue Maß von Wohlstand und Wohlbefinden zu erregen. Der Index mit seinen jährlichen Veränderungen, so viel ist sicher, würde in der Öffentlichkeit breit diskutiert.

Genau das scheint den Spitzen der großen Koalition nicht recht zu sein. „Union und SPD waren in der Enquete-Kommission sowieso nicht die treibenden Kräfte“, erinnert sich der Wirtschaftsprofessor Karl-Heinz Paqué, den die FDP als Experten berief. „Beide Parteien wären wohl froh, wenn die Ergebnisse irgendwo in Ruhe in Akten-schränken verstaubten.“ Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Der SPD droht Ärger mit ihrem Gewerkschaftsflügel, weil Messgrößen wie etwa die Summe der Freizeit gar nicht in den Indikator eingeflossen sind. Bei der CDU/CSU fremdeln Vertreter des Wirtschaftsflügels mit dem Konzept als solchem. Warum überhaupt ein Wohlstandsmaß neben dem altbewährten Bruttoinlandsprodukt (BIP) schaffen? Warum das Wirtschaftswachstum an sich infrage stellen?

Der stellvertretende Leiter der Kommission, Matthias Zimmer (CDU), räumt denn auch ein, dass das neue Wohlstandsmaß in der Union „noch nicht so viel Resonanz“ gefunden habe. Seine vage Hoffnung ist immerhin, „dass die Arbeit der Enquete im neuen Aktionsplan des Kanzleramts zur Lebensqualität Niederschlag findet“. Womöglich sollen die Enquete-Ergebnisse auch noch einmal im Bundestag debattiert werden. Mit einem entsprechenden Antrag allerdings hat es für Zimmer keine Eile: „Vor Anfang nächsten Jahres wird das nicht sein.“ Bis dahin brauche die Regierung sicher noch, um das Thema zu sortieren.

Die SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe, einst Ausschussvorsitzende, übt sich derzeit in Optimismus. „Es ist zwar ärgerlich, dass sich die Umsetzung der Ergebnisse unserer Kommission derart verzögert hat“, sagt sie. „Derzeit bin ich aber optimistisch.“ Schließ-

lich habe die neue schwarz-rote Regierung den Wohlstand und das gute Leben der Bevölkerung zu ihrem eigenen Projekt gemacht. „Nun geht es, hoffe ich, nur noch um einige technische Fragen, bis unser Vorschlag zur alternativen Wohlstandsmessung in die Tat umgesetzt wird.“

An der Technik soll es nicht liegen, heißt es beim Statistischen Bundesamt. Die Experten für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wären vorbereitet. Im vergangenen Sommer stand der Wohlstandsindex bereits für einige Tage online. Kleinere Ungenauigkeiten wollte man noch ausbügeln und hat ihn dafür vom Netz genommen. Seitdem warten die Statistiker auf den erforderlichen Auftrag aus dem Ministerium.

Einige Details gibt es nach dem Wunsch der Enquete noch zu ergänzen. So sollen die Besucher der Website die Möglichkeit haben, die einzelnen Indikatoren für ihr persönliches Wohlgefühl individuell zu gewichten. Die Informationen über diese Gewichtung, sortiert nach Alter, Geschlecht und Herkunftsland sollen wiederum gesammelt werden, um den Index über die Jahre an die Bedürfnisse und Empfindungen der Menschen anzupassen. All das ist technisch kein großer Aufwand, geht aber eben nicht ohne klaren Auftrag.

In Stein gemeißelt wäre der neu erstellte Index ohnehin nicht. Solch ein Instrument müsse „atmen“, heißt es bei den Statistikern. Immer wieder müsse man die Daten anpassen, mit neu verfügbaren Zeitreihen füttern. Das kostet Geld, keine Frage. Geld, das nach Ansicht von Valerie Wilms schlecht angelegt wäre. Denn es lenke ab von der „Nachhaltigkeitsstrategie“ der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2002, sagt die einstige Vertreterin der Grünen in der Enquete-Kommission. Dafür veröffentliche das Statistische Bundesamt ja bereits alle zwei Jahre eine Vielzahl von Indikatoren: „Da ist ein neuer Wohlstandsindikator völlig unnötig“, findet Wilms.

Falls der neue Indikator tatsächlich nie zum Einsatz kommt, gibt es für enttäuschte Glücksforscher wenigstens einen Trost: Sie haben, rein statistisch, mit ihrer Arbeit den Wohlstand des Landes beflügelt. Denn ob Gehälter, Reisekosten oder Aufwandsentschädigungen, all das steigert das bisherige Maß aller Dinge: das Bruttoinlandsprodukt.

ANZEIGE

Jörg Bauer (55), Unternehmer

Ich habe eine Firma.
Ich habe lukrative Aufträge.
Ich habe keine Zeit, die passenden
Mitarbeiter zu suchen.